

## Modelling and simulation of particle re-suspension in a turbulent square duct flow.

*'Im politischen Diskurs über die Chancen und Gefahren der Informationsgesellschaft fällt seit geraumer Zeit immer wieder das Schlagwort der digitalen Spaltung oder 'Digital Divide'. Die digitale Spaltung als Metapher fehlender sozialer Inklusion in der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beschreibt dabei 'the gap between individuals, households, businesses and geographic areas at different socioeconomic levels with regard both to their opportunities to access information and communication technologies (ICTs) and to their use of the internet for a wide variety of activities' (OECD 2001). Insbesondere auf der Ebene der EU wird 'e-inclusion' als Politikziel betont. Der Autor setzt sich in diesem Beitrag mit dem eEurope-Aktionsplan 'Eine Informationsgesellschaft für alle' (Europäische Kommission 2000) auseinander, der als Teil der so genannten Lissabon-Strategie das Ziel formuliert, Europa zur wettbewerbsstärksten und dynamischsten Wirtschaft der Welt werden zu lassen. Er soll die volle Nutzung der Informationswirtschaft, insbesondere des Internet, in Europa vorantreiben. Die folgende Untersuchung entstand im Rahmen des im IST-Forschungsprogramm der Europäischen Kommission geförderten Projekts SIBIS - Statistical Indicators Benchmarking the Information Society. Ziel dieses Projektes ist es, Daten zur Informationsgesellschaft für die Mitgliedsstaaten der EU und in einer zweiten Phase für die Beitrittskandidaten sowie für das eEurope Benchmarking zu erheben und gleichzeitig neue, teils experimentelle, Indikatoren zu entwickeln. Dabei sollte der hier vom Autor vorgestellte Index als ein Vorschlag verstanden werden, der als Prototyp für weitere Indices zur ungleichen Diffusion von Technologien dienen könnte.'* (Textauszug)

### 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechterforscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2003s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die